



Foto: Björn Hake

Demonstration und
Warnstreik in Bremen
anlässlich der
Tarifauseinandersetzung 2019

Vorwort:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die ersten drei Monate dieses Jahres wurden aus gewerkschaftlicher Sicht geprägt durch die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL). Bereits am 20. Dezember 2018 beschloss die dbb Bundestarifkommission ihre Tarifforderung mit einer linearen Erhöhung um 6%, mindestens 200 € und einer Laufzeit von einem Jahr. Nachdem die Arbeitgeber auch nicht zum Beginn der dritten Verhandlungsrunde am 28. Februar einen Vorschlag unterbreitet hatten, gestalteten sich die Verhandlungen bis zum Ergebnis am 2. März als sehr schwierig. Im Vergleich zur Ausgangsforderung ist insbesondere die lange Laufzeit von 33 Monaten des neuen Tarifvertrages ein Wermutstropfen, den die Arbeitnehmer für einen erfolgreichen Abschluss schlucken mussten. In dem Beitrag „Einkommensrunde 2019“ geben wir einen Überblick über den Verlauf, auch aus bremischer Sicht. Kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe wurde den Gewerkschaften u. a. der Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2019/2020/2021 zur Stellungnahme vorgelegt. Hiernach sollen die Bezüge entsprechend dem Tarifabschluss ab 1.01.2019 um 3,2%, ab 1.01.2020 um 3,2% und ab 1.01.2021 um 1,4% erhöht werden.



Anlässlich der Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019 liegt ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe des dbb report in den Vorstellungen der Parteien zum öffentlichen Dienst in der nächsten Legislaturperiode. Mit der Gegenüberstellung der Antworten auf sieben von uns an die Parteien gestellten Fragen sollen insbesondere die unterschiedlichen Sichtweisen deutlich werden.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß und Erkenntnisgewinnung bei der Lektüre dieser Ausgabe

Euer



Jürgen Köster
Landesbundvorsitzender

Einkommensrunde 2019

Forderungsfindung zur Länderrunde 2019:

Geld & Gerechtigkeit



Foto: Björn Hake

Etwa 10 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus Bremen und Niedersachsen strömen auf dem Bremer Marktplatz und verleihen den Tarifforderungen Nachdruck

Händeringend suchen die Länder nach Lehrkräften, von Kiel bis Stuttgart schiebt die Polizei hunderttausende von Überstunden vor sich her, der IT-Fachmann macht einen großen Bogen um den öffentlichen Dienst und auch die Unikliniken finden keinen Nachwuchs mehr. Mit dieser Bestandsaufnahme hat der dbb eine offensive Einkommensrunde 2019 mit den Ländern eingeläutet.

„Wir können in einer Einkommensrunde nicht alle Versäumnisse der Politik korrigieren. Aber wir können und müssen einen Beitrag leisten“, begründete dbb-Chef Ulrich Silberbach die am 20. Dezember 2018 in Berlin beschlossene dbb-Forderung zur Einkommensrunde. „Wir müssen denen, die unser Land in schwieriger Zeit am Laufen halten, ein großes Stück vom Kuchen geben und wir brauchen eine attraktive Bezahlung, um überhaupt noch qualifizierte junge Leute in den Landesdienst zu locken. Das ist längst kein Selbstläufer mehr!“

„Ohne Abzüge und ohne Verzögerungen“

Zuvor hatten die Gremien des dbb die Tarifforderung beschlossen. Kernforderung ist eine lineare Erhöhung

von 6 Prozent, mindestens 200 Euro. Dabei haben die Vertreter beider Statusgruppen solidarisch festgelegt, dass das Volumen des Tarifabschlusses 1:1 auf die Landes- und Kommunalbeamten übertragen werden muss. „Ohne Abzüge und ohne Verzögerungen“, machte Friedhelm Schäfer, dbb Fachvorstand Beamtenpolitik, deutlich. Klar ist aber auch, dass alle sechzehn Bundesländer ihre eigenen Aufgaben und Probleme haben. Deshalb



Foto: Windmueller



Foto: dbb bremen

Die Mitglieder des dbb versammeln sich

ist es nur gut und richtig, wenn unsere Landesbünde die jeweilige Landesregierung mit landesspezifischen Forderungen konfrontieren.“

Forderungen des dbb bremen gegenüber dem Bremer Senat

Jürgen Köster, Chef des dbb bremen: „Der dbb bremen fordert die Anerkennung des Senats, dass die Besoldung in Bremen in vielen Bereichen verfassungswidrig ist und die anhängigen Verfahren zur amtsangemessenen Alimentation durch eine entsprechende Erhöhung der Besoldung und Versorgung in 2019 korrigiert wird. **Dazu sollte als erster Schritt das ausgehandelte Tarifergebnis in vollem Volumen zeitgleich für die Beamten und die Versorgungsempfänger gelten.** Darüber hinaus hat der Senat die Pflicht, den Besoldungsabstand zwischen dem Bund und den Ländern zu verkürzen und **on top 2 % zusätzlich die Vergütungen zu erhöhen.** Zusätzlich hat der Senat die Pflicht, die Unterschiede bei der jährlichen Sonderzahlung zwischen den Statusgruppen der Beamtinnen und Beamten und den Tarifbeschäftigten abzubauen und **allen bremischen öffentlichen Bediensteten wieder ein Weihnachtsgeld zu zahlen.** Der Senat muss ferner die **Kostendämpfungspauschale der Beihilfe abschaffen**, da ab 2019 in der GKV der Krankenkassenbeitrag wieder paritätisch finanziert wird. Auch die ungerechte bundesweit einzigartige **Pensionskürzung für bremische Versorgungsempfänger über das Konstrukt „Faktorisierung“ ist wieder abzuschaffen.** Des Weiteren ist die

Ruhegehaltstfähigkeit für **die Feuerwehruzulage wieder einzuführen.**“

Warnstreiks und kein Tarifangebot der Arbeitgeber

Die Einkommensverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) starteten im Januar 2019 ergebnislos in Berlin, und auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 6./7. Februar 2019 kamen die Arbeitgeber mit leeren Händen nach Potsdam. Diese Blockadehaltung sorgt bei den Beschäftigten für großen Unmut, den sie nun auf die Straße tragen. Unzählige Beamtinnen und Beamte hatten in den letzten Wochen gemeinsam mit den Tarifbeschäftigten im Landesdienst für mehr Einkommen gekämpft und auf zahllosen Demonstrationen zwischen Kiel und Stuttgart Flagge gezeigt. „Egal, ob Steuer, Schule, Polizei oder allgemeine Verwaltung, bei unseren zahlreichen Aktionen sind deutlich mehr Beamtinnen und Beamte mit dabei gewesen als in den vergangenen Jahren. Ganz einfach, weil sie Nullrundenrhetorik und Verzögerungstaktik leid sind und klare Ansagen von ihren Landesregierungen haben wollen. Die sind jetzt in der Pflicht“, ließ Friedhelm Schäfer keinen Zweifel an der Entschlossenheit des dbb.

Das gilt auch in Bremen:

Mehr als 10.000 Beschäftigte des öffentlichen Landesdienstes in Bremen und Niedersachsen sind am Mittwoch, 27. Februar 2019, in Bremen zusammen-

gekommen, um ihrem Frust über die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber in der laufenden Tarifrunde Luft zu machen. Die Gewerkschaften hatten zu ganz-tägigen landesweiten Warnstreiks aufgerufen.



Foto: dbb bremen

Jürgen Köster

„Es ist ein Skandal, wie gering die Arbeitgeber Engagement und Leistungsbereitschaft all derer schätzen, die tagtäglich dafür arbeiten, dass unser Land funktioniert“, sagte der Vorsitzende des dbb bremen Jürgen Köster. „Unsere Forderungen sind angemessen und in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen sprudeln, auch erfüllbar“, so Köster.

„Das Land Bremen spielt mit dem Feuer: Wenn es seine Beschäftigten weiterhin so schäbig behandelt, werden die Kolleginnen und Kollegen es mit den Stadtmusikanten halten: ‚Etwas Besseres finden wir überall‘ – besserzahlende Arbeitgeber wie das Land oder die Kommunen gibt es schließlich auch hier in erreichbarer Entfernung“, warnte Köster. „Wer guten Staat machen will, braucht motiviertes Personal und engagierten Nachwuchs. Das geht – im Beamtenbereich ebenso wie im Arbeitnehmerbereich – nur, wenn man den Menschen auch etwas bietet, nicht immer nur fordert“, gab Köster den Arbeitgebern mit auf den Weg in die nächste Verhandlungsrunde.



Foto: dbb bremen

Einigung im Tarifkonflikt zwischen der TdL und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes

In der Nacht des 2. März einigten sich die Tarifparteien nach zähen Verhandlungen auf einen Kompromiss, der im Überblick die folgenden Eckdaten enthält:

- **Entgelterhöhung**

Die lineare Steigerung beträgt im Gesamtvolumen 3,2 % (mindestens 100 Euro) zum 1. Januar 2019, nochmals 3,2 % (mindestens 90 Euro) zum 1. Januar 2020 und schließlich 1,4 % (mindestens 50 Euro) zum 1. Januar 2021. Dabei wird die jeweilige Stufe 1 in der Tabelle überproportional erhöht.

Das ergibt unter Einberechnung aller weiteren Faktoren der Tarifeinigung ein Gesamtvolumen von 8 %. Die Laufzeit beträgt 33 Monate (bis 30. September 2021).

- **Auszubildende**

Die Ausbildungsentgelte (TVA-L BBiG und TVA-L Pflege) werden zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 um jeweils 50 Euro (TVA-L Gesundheit um 45,50 Euro und 50 Euro) erhöht. Der Urlaubsanspruch erhöht sich um einen Tag auf 30 Tage. Die alten Übernahmeregelungen werden wieder in Kraft gesetzt.

- **Pflege**

- o Die Werte (und die Eingruppierungsregelungen) der Pflegeentgelttabelle des TVöD (P-Tabelle) werden im TV-L übernommen und rückwirkend ab Januar 2019 ebenfalls dynamisiert.

Die Gewerkschaften haben für Pflegekräfte an Unikliniken und in den Zentren für Psychiatrie Baden-Württemberg ab Entgeltgruppe KR 7 eine dynamische Zulage von 120 Euro monatlich durchgesetzt.

- o Der Zuschlag für Samstagsarbeit wird ab 1. Januar 2020 auf 20 % erhöht. Über eine Erhöhung des Samstagszuschlags bei Wechselschicht-/Schichtarbeit werden Verhandlungen aufgenommen.
- o Der Zusatzurlaub für ständige Wechselschichtarbeit (§ 43 TV-L) wird 2020 auf bis zu 7 Tage, 2021 auf bis zu 8 Tage und 2022 auf bis zu 9 Tage erhöht. Die Höchstgrenzen erhöhen sich entsprechend.

- **Entgeltordnung**

- o Die Garantiebeträge bei Höhergruppierung werden zum 1. Januar 2019 für die Dauer der Laufzeit des Tarifvertrags auf 100 Euro (EG 1-8) bzw. auf 180 Euro (EG 9-14) erhöht, begrenzt auf den Unterschiedsbetrag bei einer stufengleichen Zuordnung. Der Forderung nach einer stufengleichen Höhergruppierung wollte die TdL nicht nachkommen.

- o Die bisherige Entgeltgruppe 9 wird in die Entgeltgruppen 9a und 9b aufgeteilt.

In der dbb Verhandlungs- und der dbb Bundestarifkommission ist der Kompromiss kontrovers diskutiert worden. Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik im dbb, warb für die Annahme des Kompromisses, „weil wir in unseren Kernforderungen deutliche Verbesserungen ausgehandelt haben. Linear haben wir ordentlich was erreicht und bei wichtigen Detailforderungen ebenfalls Verbesserungen gestaltet, die in den Portemonnaies der Beschäftigten zu spüren sein werden. Insbesondere der Fakt, dass wir bei unseren Forderungen für die Azubis nahezu alles durchsetzen konnten, ist gut für die jungen Menschen und ein erfreuliches Signal für die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Dass jedoch die TdL kaum bereit war, strukturelle Defizite des TV-L aufzuarbeiten, darf nicht kleingeredet werden.“

„Für uns als dbb ist aber klar, dass die Länder mit dem Potsdamer Abschluss nicht aus der Pflicht sind. Wir erwarten, dass alle Länder das Volumen des Potsdamer Abschlusses zeitgleich und systemgerecht auf die Landes- und Kommunalbeamten übertragen,“ hob der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach in seiner Bilanzierung des Ergebnisses hervor.

Aus Bremen fehlt noch das klare Bekenntnis, das in Potsdam ausgehandelte Volumen von insgesamt 8% zeitgleich und systemgerecht auf die Landes- und Kommunalbeamten zu übertragen. Während von Seiten der GRÜNEN eine verzögerte Übertragung ins Gespräch gebracht worden ist, haben Bürgermeister Carsten Sieling und die Landesvorsitzende der SPD, Sascha Aulepp, noch einmal bekräftigt, dass für ihre Partei bei diesem Tarifabschluss nur eine Gleichbehandlung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Frage kommt.

In einer **Presseerklärung** am 4. März 2019 zur Tarifeinigung mit der TDL hat der dbb landesbund bremen nochmals seine Forderungen an den Bremischen Senat deutlich gemacht:

Zeitgleiche und volumengleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten in Bremen wird eingefordert!

Der dbb landesbund bremen begrüßt insgesamt das in der Nacht des 2. März ausgehandelte Tarifergebnis für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder mit einem Gesamtvolumen von 8% bei 33 Monaten Laufzeit. Er fordert zugleich, dass das Land Bremen dieses Ergebnis zeitgleich und volumengleich für seine Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger /innen übernimmt.

Der dbb landesbund bremen kritisiert insbesondere die Haltung der Finanzsenatorin Karoline Linnert, die eine zeitlich verzögerte Übernahme für die Beamtinnen und Beamten auch mit dem Hinweis auf die letzte, noch nicht lange zurück liegende Erhöhung der Beamtengehälter begründet. Diese Argumentation weist der dbb bremen in aller Schärfe zurück.

Um der Übernahmeforderung für die Beamtinnen und Beamten Nachdruck zu verleihen hat der dbb bremen mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am Dienstag, den 12. März um 11:00 Uhr zu einer bewegten Mittagspause vor dem Rathaus aufgerufen. Über 300 Bedienstete des öffentlichen Dienstes versammelten sich daraufhin in strömenden Regen vor der Eingangstür.

In einer kurzen Ansprache vor der im Rathaus stattfindenden Senatssitzung versprach der Präsident des Senats, Bürgermeister Carsten Sieling, sich in der Sitzung für eine zeit- und systemgleiche Übernahme des Tarifergebnisses einzusetzen, zumal die rot, grünen Regierungsfractionen sich bereits für die Übernahme ausgesprochen haben.

Über das Tarifergebnis hinaus fordert der dbb landesbund bremen eine weitere Erhöhung der Bremischen Besoldungen und Versorgungen um 2%, damit eine Angleichung an die Besoldung der anderen Bundesländer in Angriff genommen wird. Ferner ist die Faktorisation bei den Versorgungsbezügen zurückzunehmen.



Foto: dbb bremen

Bewegte Mittagspause mit Bürgermeister Sieling vor der Eingangstür des Bremer Rathauses



0,- Euro Girokonto¹ vom Sieger für Gewinner

Vorteil für
dbb-Mitglieder und ihre
Angehörigen:

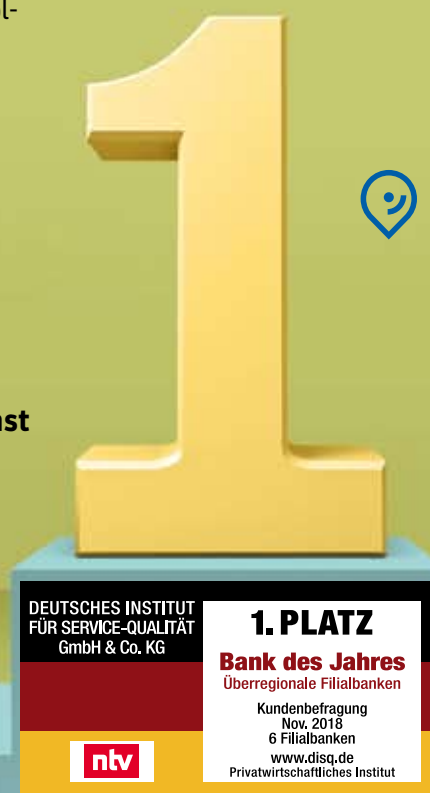
30,- Euro
Startguthaben

- ✓ **bundesweit kostenfrei Geld abheben**
an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner sowie an den Kassen vieler Verbrauchermärkte
- ✓ **einfacher Kontowechsel**
in nur 8 Minuten
- ✓ **BBBank-Banking-App**
mit Fotoüberweisung, Geld senden und anfordern (Kwitt) und mehr...
- ✓ **attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**



Jetzt informieren

BBBank eG Filiale Bremen
Hutfilterstraße 16-18
28195 Bremen
Telefon 0421-36 56 93 70
oder
www.bbbank.de/dbb



¹ Voraussetzungen: Girokonto mit Gehalts-/Bezügeingang, Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

Informationen der Parteien zur Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Land Bremen sollten vor der Wahlentscheidung darüber informiert sein, mit welchen Einstellungen und Vorhaben die Parteien den öffentlichen Dienst in der kommenden Legislaturperiode gestalten wollen. Um hierüber direkte Aussagen zu erhalten, hat der dbb landesbund bremen die Parteien SPD, CDU, DIE GRÜNEN, FDP und Die LINKE angeschrieben und sie um die Beantwortung der nachstehenden Fragen gebeten. Von der FDP haben wir trotz mehrfacher Nachfrage keinen Beitrag erhalten.

Die Antworten geben wir ungekürzt wieder, damit die unterschiedlichen Sichtweisen der Parteien auf den öffentlichen Dienst sichtbar werden.

Wie wollen Sie mit der zunehmenden Verrohung gegen Bedienstete des bremischen öffentlichen Dienstes umgehen?

SPD	Immer wieder werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, von Ordnungs- und Sozialämtern oder Jobcentern bei ihrer Arbeit bedroht, beleidigt und auch körperlich angegriffen. Wir halten diese Entwicklung für äußerst besorgniserregend und verurteilen Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst aufs Schärfste. Unsere Gegenmaßnahmen werden wir zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ihren Vertretungen weiterentwickeln. Wir setzen uns für eine behördenübergreifende präventive Öffentlichkeitsarbeit ein, um auf das Problem der Respektlosigkeit und Gewalt gegen Vertreterinnen und Vertreter des Staates aufmerksam zu machen. Zudem braucht es eine deutliche Unterstützung der Dienstvorgesetzten, die die Betroffenen darin bestärken müssen, Übergriffe anzuzeigen, sowie eine darauf folgende konsequente strafrechtliche Verfolgung der Täter.
CDU	Wir dulden keine Gewalt gegen unsere Beschäftigten, Beamtinnen und Beamten und möchten im Rahmen von gesamtgesellschaftlichen Bemühungen den steigenden Angriffen auf Angestellte des Staates konsequent entgegentreten. Es ist und bleibt völlig inakzeptabel, dass diejenigen, die für die Sicherheit und das Wohlverhalten der Bevölkerung eintreten, Angriffen ausgesetzt sind. Keiner darf wegsehen, wenn Einsatzkräfte oder Hilfskräfte angegriffen oder an ihrem Einsatz gehindert werden. Dies gilt für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Auf Bundesebene wurde die Einführung des „Schutzparagraphen“ von der Union vorangetrieben und 2017 umgesetzt, was eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr für Angriffe auf Polizei-, Strafvollzugs- und Rettungskräfte bedeutet. Zudem setzen wir uns für den Einsatz moderner Schutz- und Technikausstattung unserer Polizei und Rettungsdienste ein und wollen bspw. Flächendeckend Body-Cams, sowie Smartphones und Tablets in Bremen einführen. Wir sehen daher mit Sorge, dass Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung, nicht zuletzt gegen Polizistinnen und Polizisten oder Hilfsdienste im Rettungswesen oder der Feuerwehr selbst, und beim Verüben von Straftaten immer mehr um sich greift. Wir setzen dem ein entschiedenes und konsequentes Handeln für mehr innere Sicherheit entgegen, denn Sicherheit ist nicht nur ein elementarer Anspruch: Sie ist Voraussetzung für Freiheit und Lebensqualität in unseren Städten.
DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE nehmen es nicht hin, dass öffentlich Bedienstete Ziel von Angriffen werden. Alkoholkonsum ist in sehr vielen Fällen mitverantwortlich für Aggression und Gewalt gegen Sanitäter*innen, Feuerwehrleute, Polizist*innen und andere Mitglieder des öffentlichen Dienstes. Wir wollen die Alkohol- und Gewaltprävention ausbauen sowie die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Deeskalation und Selbstverteidigung der Bediensteten ausweiten. Darüber hinaus ist ein gut funktionierendes Meldesystem in den verschiedenen Dienststellen wichtig, um derartige Vorfälle zuverlässig zu dokumentieren, Häufungen rasch zu erkennen und passgenaue Gegenmaßnahmen einzuleiten.
DIE LINKE	Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind für das Gemeinwesen insgesamt tätig. Entsprechend bekommen sie Konflikte und Aggressivität im Umgang miteinander regelmäßig auch am Arbeitsplatz gespiegelt oder sind sogar Bedrohungen und Anfeindungen ausgesetzt. Die wahrgenommene Verrohung kann sehr unterschiedliche Ursachen haben. Eine Patentlösung wird es hier leider kaum geben. Zur Fürsorgepflicht des Dienstherrn gehört es, für einen möglichst wirkungsvollen Schutz vor Bedrohungen oder Angriffen zu sorgen.

Wie steht Ihre Partei zur etablierten Schuldenbremse und dem Gegenspiel von Zukunftsinvestitionen in Bildung, Infrastruktur und für einen funktionierenden Staat?

Planen Sie hierbei weitere Maßnahmen zur Konsolidierung der Haushalte, die zu Lasten der Beamtinnen und Beamten gehen, trotz der hier vorgenommenen massiven Einsparungen in den vergangenen Jahren? Bekennen Sie sich konkret zur zeit- und volumengleichen Übernahme der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger oder unterstützt Ihre Partei in der nächsten Wahlperiode die weitere Abkopplung der Beamtenschaft von den ausgehandelten Tarifergebnissen, sei es durch zeitversetzte Übernahme, keine Einmalzahlung bis hin zu der Verweigerung der Wiedereinführung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) sowie zu der unterschiedlichen Wochenarbeitszeit zwischen Arbeitnehmern und Beamten?

SPD	<p>Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben den Kern der Ergebnisse der Förderalismusreform II, der Aufnahme der Schuldenbremse im Grundgesetz, ausdrücklich zugestimmt. Dass die Staatsverschuldung nicht weiter erhöht wird, ist für uns ein wichtiges Ziel, um politische Handlungsfähigkeit zu erhalten. Im unabdingbaren Gegenspiel zur eingeführten Schuldenbremse muss aber die Sicherung der normalen laufenden Einnahmen des Staates, insbesondere der Steuereinnahmen stehen. Steuersenkungen ohne Kompensation lehnen wir daher ab.</p> <p>Mit Unterstützung der im Rahmen des Sanierungsprogramms vom Bund gewährten Konsolidierungsmittel und mit den über Plan liegenden Steuereinnahmen konnten mit Maßnahmen der Konsolidierung zugleich auch Zukunftsinvestitionen, u.a. in Bildung – wenn auch nicht in den Maßen wie gewünscht –, geleistet werden. Diese Strategie – die vorhandenen Spielräume zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in unserem Bundesland und damit für eine Konsolidierung im Sinne einer nachhaltigen Verbesserung der Haushaltsslage zu nutzen – wird auch zukünftig zentraler Baustein unserer Finanzpolitik sein.</p> <p>Unsere zukünftige Finanzpolitik hat durch das Ergebnis der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehung eine zusätzliche gute finanzpolitische Perspektive bekommen. Die neuen Spielräume wollen wir vor allem für eine positive wirtschaftliche Entwicklung sowie für Investitionen in die soziale und Bildungs-Infrastruktur nutzen. Dabei wollen wir einen Zukunftsfonds einrichten, der die Finanzierung zusätzlicher Instandhaltung und Modernisierung öffentlicher Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven über einen längeren Zeitraum absichert.</p> <p>Wesentliche Konsolidierungsbeiträge der vergangenen Jahre wurden von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst geleistet. Es wurde in erheblichem Maße Personal abgebaut, was trotz zunehmenden Technikeinsatzes in vielen Bereichen mit einer Arbeitsverdichtung verbunden war. Nach einem Vierteljahrhundert Personalabbau ist in vielen Dienststellen die Grenze der Belastbarkeit ausgereizt. Daher werden wir den Personalabbau beenden. In der Lohn- und Besoldungsentwicklung fiel es uns schwer, mit den reichen Ländern Schritt zu halten. Zukünftig werden wir die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten übertragen.</p>
CDU	<p>Wir werden geeignete Anstrengungen zur Reduzierung der laufenden Kosten und Schuldenlasten sowie zur Erhöhung der Investitionsausgaben anstreben. Für uns sind die Vorgaben der Schuldenbremse mit dem grundsätzlichen Verbot neuer Schulden ab 2020 sowohl Voraussetzung als auch Grundsatz für eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik. Wir werden uns nicht damit zufriedengeben, nur keine neuen Schulden aufzunehmen, sondern sehen es als wesentlichen Teil unserer politischen Zukunftsverantwortung an, die ab 2020 verfügbaren zusätzlichen Einnahmen durch Sanierungshilfen des Bundes von 400 Mio. Euro jährlich für die Schuldentilgung der Stadtgemeinden und des Landes zu nutzen. Dabei kann in einzelnen Jahren weniger als 400 Millionen € getilgt werden, wenn dies in anderen Jahren bis 2035 wieder ausgeglichen wird und insgesamt der Schuldenberg bis 2035 um 6 Mrd. Euro abgebaut wird. Allein durch die Zinseinsparung werden wir im Zeitraum bis 2035 mehr als 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung haben, hinzu kommen Mehreinnahmen aus der veränderten Steuerverteilung von zunächst rund 87 Millionen Euro pro Jahr die sich dynamisch von Jahr zu Jahr steigern. Insgesamt werden knapp drei Milliarden Euro bis 2035 für Wirtschafts- und Finanzkraftstärkende Investitionen zur Verfügung stehen.</p>

DIE GRÜNEN	<p>Wir setzen dabei auf klare Schwerpunktsetzungen, die sich auch in der Ausgabenpolitik und damit in kommenden Haushalten und den Anschlägen zur Übernahme künftiger Tarifergebnisse widerspiegeln werden. Die CDU Bremen ist selbstverständlich dafür die Beschäftigten angemessen an der allgemeinen Lohnentwicklung zu beteiligen und die Besoldung der Beamtinnen und Beamten Bremens im Sinne eines modernen und attraktiven Arbeitgebers weiterzuentwickeln und schrittweise an Niedersachsen anzupassen. Dazu gehört eine zeitnahe Anpassung der Besoldung an die Ergebnisse aus den Tarifverhandlungen. Beamte und Angestellte, die die gleiche Arbeit leisten, sollten sowohl bei der Besoldung, als auch im Zulagen- und Sonderzahlungswesen gleichbehandelt werden.</p> <p>Die Schuldenbremse steht sowohl im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Bremer Landesverfassung. Diese Schuldenbremsen begrüßen wir GRÜNEN, da sie unverzichtbar sind, um die Staatsverschuldung Deutschlands und Bremens zu begrenzen. Ein „funktionierender Staat“ ist die Grundlage für die Demokratie und basiert unter anderem darauf, dass man ihn nicht durch immer höhere Schulden und immer neue Schuldenaufnahme in immer größere Abhängigkeit von privatwirtschaftlich agierenden Banken bringt, sondern die Schulden Schritt für Schritt abbaut und den Staat unabhängig erhält. Hierbei handelt es sich im Übrigen auch um ein wichtiges sozialpolitisches Ziel, denn Menschen mit wenig Geld sind sehr viel stärker auf einen funktionierenden Staat angewiesen als reiche Menschen. Menschen mit wenig Geld müssen sich auf staatlich gewährleistete Bildung, medizinische Versorgung und Sicherheit verlassen können.</p> <p>Zukunftsinvestitionen sind für uns GRÜNE kein „Gegenspiel“ der Schuldenbremse. Vielmehr hat der rot-grüne Bremer Senat in der vergangenen Legislaturperiode auch unter den Bedingungen des Konsolidierungskurses seine Ausgaben insbesondere im Bereich Kinder und Bildung massiv erhöht, die Ausgaben-Ist-Werte des Produktplans „Kinder und Bildung“ sind von 2015 bis 2018 um über 20 Prozent gestiegen. Beispiele hierzu sind:</p> <p>a) Der Senat hat Anfang 2018 das „Sofortprogramm Schule 2018/19“ – das bedeutet rund 4 Mio. Euro im Jahr 2019 – und Ende 2018 das „Sofortprogramm Schule 2019/20“ beschlossen. Letzteres bedeutet über 10 Mio. Euro Finanzierung im Jahr 2019.</p> <p>Im Bereich KiTa hat der Senat am Anfang 2015 eine Versorgungsquote von mindestens 50 Prozent für unter dreijährige Kinder und von 98 Prozent für 3-6 Jahre alte Kinder in jedem Stadtteil beschlossen. Hierfür wurden in den Jahren 2015 bis 2019 insgesamt rund 61 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Für die KiTa-Beitragsfreiheit muss der Senat 2019 über 9 Mio. Euro aufbringen.</p> <p>b) Durch Flucht bedingte Zuwanderung, ein deutlicher Anstieg der Geburtenzahl im Jahr 2015 und Familiennachzug führten zu einer erhöhten Anzahl von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren. Um die beschlossenen Versorgungsquoten abzusichern und Rechtsansprüchen gerecht zu werden, hat der Senat in den Jahren 2016 und 2017 weitere Mittel i.H.v. insgesamt fast 122 Mio. Euro für den KiTa-Ausbau und das „Sonderprogramm Mobilbau“ bewilligt.</p> <p>Um das Funktionieren des Staates auch weiterhin zu gewährleisten, hat der Bremer Senat u.a. am 15. Januar 2019 seine neue Ausbildungsplanung vorgelegt, die eine weitere Erhöhung der Ausbildungskapazitäten im öffentlichen Dienst vorsieht. Auch der Gesamtpersonalrat hat sich mit den vorgelegten Zahlen insgesamt zufrieden gezeigt.</p> <p>Mit dem Ablauf des Jahres 2019 wird der dann zehn Jahre andauernde Konsolidierungskurs erfolgreich zu Ende gehen. Richtig ist, dass auch Bremens Beamt*innen ihren Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet haben, etwa dadurch, dass durch die soziale Staffelung der Besoldungs- und Versorgungserhöhung 2013/2014 höhere Besoldungsgruppen nicht vollständig berücksichtigt wurden. Die Einsparung hieraus beträgt 6 Mio. € pro Jahr. Dies wurde dem Stabilitätsrat als erfolgreiche Konsolidierungsmaßnahme berichtet, war aber nur ein Baustein von sehr vielen, damit Bremen Jahr für Jahr 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfen vom Bund bekommen hat. Uns ist bekannt, dass derzeit noch Klagen gegen die soziale Staffelung laufen.</p> <p>Die Besoldungserhöhungen 2011/2012, 2013/2014, 2015/2016 und 2017/2018 sind gegenüber dem TV-L-Abschluss zeitversetzt wirksam geworden. Die durchschnittliche Einsparung daraus</p>
------------	--

<p>DIE LINKE</p>	<p>betrug rd. 8 Mio. € im Jahr der zeitversetzten Übernahme. Dadurch waren die eingestellten Tarifvorsorgen auskömmlich und Nachtragshaushalte aufgrund von Tarifiergebnissen vermieden werden.</p> <p>Ab 2020 darf Bremen laut der im Grundgesetz und in der Bremer Landesverfassung verankerten und dann in Kraft tretenden Schuldenbremse keine neuen Schulden mehr aufnehmen, außer in Ausnahmesituationen, wie beispielsweise bei Naturkatastrophen. Das Ergebnis der neu geordneten Bund-Länder-Finanzbeziehungen sieht unter anderem vor, dass Bremen und das Saarland ab 2020 weiterhin Sanierungshilfen bekommen. Mit den 587 Mio. Euro ab 2020 ist die Auflage verbunden, jährlich durchschnittlich 80 Mio. Euro Altschulden zu tilgen. Das ist nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch insofern sinnvoll, als Bremen aktuell für seine rund 20 Mrd. Euro Altschulden jährlich circa 600 Mio. Euro für Zinszahlungen ausgibt. Geld, das aus GRÜNER Sicht besser und sinnvoller verwendet werden kann.</p> <p>Die Anpassung der Besoldung der Beamt*innen hat sich an Art. 33Abs. 5 GG und der ergangenen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu orientieren. In diesem Zusammenhang ist die Tarifiergebnisse im öffentlichen Dienst nur einer von fünf Parametern. Einen Automatismus für die Übernahme der Tarifiergebnisse auf Beamt*innen gibt es nicht.</p> <p>Eine vollständige Abschaffung des Weihnachtsgeldes hat nicht stattgefunden: Seit 2006 erhalten Beamt*innen ab Besoldungsgruppe A13 kein Weihnachtsgeld. Die Gruppen A10 bis A11 erhalten einen Festbetrag von 710 € und alle Gruppen unter A10 erhalten 840€. Versorgungsempfänger*innen erhalten kein Weihnachtsgeld. Bis 2016 haben neueingestellte Beamt*innen drei Jahre auf Weihnachtsgeld verzichten müssen. Seit 2017 erhalten sie Weihnachtsgeld, wenn sie unterhalb von A13 eingruppiert sind.</p> <p>Die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für Beamt*innen von A13 an aufwärts und Versorgungsempfänger*innen würde pro Jahr zu Mehrausgaben von rd. 38 Mio. € für aktives Personal und von rd. 30 Mio. € für Versorgungsempfänger*innen führen. Dabei unterstellen wir, dass mit vollem Weihnachtsgeld eine Zahlung von 80% eines Monatsbezugs gemeint ist. Dies war bis 2003 in etwa der Satz in den westlichen Bundesländern. Bund und Länder regeln Weihnachts- und Urlaubsgeld seit 2003 eigenständig.</p> <p>Unabhängig von der Besoldungsgruppe wird beim aktiven Personal und den Versorgungsempfängern für jedes Kind 25,56 € gezahlt.</p> <p>Das Sterbegeld beträgt in Bremen das 1,35 fache der letzten Dienstbezüge (§22 BremBeamtVG), nicht wie sonst das 2,0-fache. Die Kürzung ist seinerzeit auf Initiative der SPD-Fraktion zustande gekommen, weil diese eine Gleichbehandlung mit der gesetzlichen Rente erreichen wollte. Eine Anpassung würde zu Mehrausgaben von rd. 200 Tsd. € pro Jahr führen.</p> <p>Eine Absenkung der Arbeitszeit für Beamte von 40 Stunden auf 39,2 Stunden würde rechnerisch den Verlust von 200 VZE bedeuten</p> <p>DIE LINKE kritisiert schon immer den Kürzungskurs des Senates. Wir lehnen die Schuldenbremse nach wie vor ab. Arbeit im öffentlichen Auftrag ist eine anspruchsvolle, häufig schwierige und immer besonders verantwortungsvolle Tätigkeit. Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung im öffentlichen Dienst werden dem nicht gerecht. Der öffentliche Dienst ist in den letzten Jahren hinter der allgemeinen Gehaltsentwicklung zurückgeblieben; gleichzeitig hat der Personalabbau die Belastung der Beschäftigten massiv erhöht und das Image des öffentlichen Dienstes beschädigt. Die Folge: In fast allen Bereichen gibt es große Probleme, Stellen zu besetzen. In unserem Wahlprogramm bekennen wir uns deshalb zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme von Tarifiergebnissen. Entsprechende Initiativen haben wir zu den jeweiligen Tarifrunden auch in der Bürgerschaft eingereicht. Die Beamtenbesoldung in Bremen muss wieder amtsangemessen und wettbewerbsfähig werden, insbesondere im Vergleich zum Bund hat in den vergangenen Jahren eine negative Abkoppelung stattgefunden. Das betrifft auch Fragen wie die Jahressonderzahlungen, Zulagen, Stellenhebungen usw. Grundsätzlich setzen wir uns für die Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung ein.</p>
------------------	--

Sind die Pensionen im Land Bremen sicher? Ist Ihre Partei dazu bereit, die bundesweit einmalige Schlechterstellung der bremischen Versorgungsempfänger durch die Einführung der Faktorisierung und der damit verbundenen Kürzung der Pensionsbezüge um ca. 0,4 Prozent wieder abzuschaffen?

SPD	<p>Die Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten stehen wie alle Altersversorgungssysteme vor dem Problem der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft und stellt eine zukünftige finanzielle Herausforderung dar. Die Einführung der Faktorisierung, bei der finanzielle Mittel der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge zugeführt wird, sehen wir als eine trotz der damit verbundenen Belastung notwendige, geeignete und auch vertretbare Maßnahme, um weiterhin die Finanzierung zukünftiger Versorgungslasten im Sinne einer Generationengerechtigkeit sicherzustellen. Wir unterstützen daher eine Beibehaltung der eingeführten Faktorisierung zur Sicherung zukünftiger Pensionsleistungen.</p>
CDU	<p>Die Beamtenversorgung ist ein verfassungsrechtlich garantiertes und bewährtes Alterssicherungssystem, an dem wir festhalten. Die von rot-grün 2013/2014 erfolgte Anpassung des Bremischen Besoldungsgesetzes wurde von der CDU nicht mitgetragen und wir halten sie, wie das Bremer Verwaltungsgericht, für verfassungsrechtlich bedenklich. Der Verstoß gegen Art. 33 Abs.5 GG kann nicht mit der schlechten Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gerechtfertigt werden. Daher erwarten wir die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dazu mit Spannung und werden bei entsprechendem Ausgang des Verfahrens die Faktorisierung und die damit einhergehende Kürzung der Pensionsbezüge zurücknehmen.</p>
DIE GRÜNEN	<p>Seit Beginn des Konsolidierungskurses wurden die Versorgungsausgaben in tatsächlicher Höhe in den Finanzplanungen berücksichtigt. Der höchste Betrag aufgrund der anwachsenden Zahl von Versorgungsempfänger*innen wird zwischen 2019 und 2022 erreicht. Darüber hinaus stehen mit der Anstalt für Versorgungsvorsorge und dem Sondervermögen Versorgungsrücklage zusätzliche Absicherungen für die Pensionen zur Verfügung.</p> <p>Der sogenannte „bremische Versorgungsabschlag“ bezieht sich auf den Abschlagsfaktor in § 5 Abs. 1 BremBeamVG. Danach werden die ruhegehaltsfähigen Versorgungsabzüge nicht zu 100 Prozent als Grundlage für die Berechnung der Versorgungsbezüge herangezogen, sondern um den Faktor 0,99611 bzw. 0,99606 gekürzt. Damit sollte erreicht werden, dass die Versorgungsbezüge nicht so steigen wie die Aktivbesoldung, sondern nur in etwa im Rahmen der Steigerung der gesetzlichen Renten.</p> <p>Das finanzielle Volumen dieser Einsparung resultiert aus diesem Faktor, allerdings nur in Höhe des jeweils individuell verdienten Ruhegehaltsatzes (§ 16 BremBeamVG).</p> <p>Die Mittel in Höhe von rd. 2 Mio. € pro Jahr werden der „Anstalt für Versorgungsvorsorge“ (s.o.) für zukünftige Versorgungsausgaben zur Verfügung gestellt und stellen somit ebenfalls eine Ausgabe für den Haushalt dar.</p> <p>Hintergrund war, dass keine weitere Schlechterstellung der Angestellten, die eine Kürzung der VBL hinnehmen mussten, erfolgen sollte. Außerdem sollte verhindert werden, dass sich bei gedeckelten Personalausgaben das Gewicht immer weiter zu Ungunsten der aktiven Beschäftigten verschiebt. Für eine erneute Beschäftigung mit dieser Frage wird Bremen das Urteil des Verwaltungsgerichts abwarten.</p>
DIE LINKE	<p>Auch für Pensionäre gilt die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Dazu gehört eine angemessenes und vergleichbares Pensionsniveau. Deshalb lehnen wir bremen-spezifische Schlechterstellungen in der Altersversorgung ab.</p>

Bekennen Sie sich zu einem uneingeschränkten Fortbestand des Beihilfe- und Heilfürsorgesystems? – Beabsichtigen Sie die Erstattungsbeträge in der bremischen Beihilfe auf die im Bund und anderen Bundesländern aktuell üblichen Sätze zu erhöhen?

SPD	<p>Wir halten an den bisherigen Beihilfe- und Heilfürsorgesystem fest. Zurzeit gibt es keine Überlegung die Erstattungsbeträge in der bremischen Beihilfe zu verändern. Perspektivisch muss aber im Vergleich mit den anderen Bundesländern neben der Frage von Besoldung und Versorgung auch die Beihilfe in den Blick genommen werden.</p> <p>Wir wollen den Beamtinnen und Beamten in Bremen und Bremerhaven aber die echte Wahlfreiheit zwischen dem System privater Zusatz- und gesetzlicher Krankenversicherung ermöglichen, indem an Stelle der Beihilfe die Kosten des Arbeitgeberanteils an der GKV in Anspruch genommen werden können. Die stärkt auch die solidarische gesetzliche Krankenversicherung.</p>
CDU	<p>Die CDU Bremen steht für die Beibehaltung des bestehenden Krankenversicherungssystems. Das von der SPD seit Jahren propagierte Modell einer Einheitskrankenkasse, das eine Abschaffung der Beihilfe zur Folge hätte, lehnen wir kategorisch ab. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bremen die Erstattungsbeträge mindestens auf den Bundesdurchschnitt erhöhen wird.</p>
DIE GRÜNEN	<p>Die Regelung der beihilferechtlichen Ansprüche/Bestimmungen fällt in die Kompetenz des jeweiligen Landes. Der Dienstherr hat sich mindestens bei der Ausgestaltung im Rahmen der verfassungsmäßigen Erhaltung des Umfangs zu orientieren. Alles andere wäre eine Verletzung der Fürsorgepflicht. Die Verfassungsmäßigkeit wird von Bremen eingehalten. Diese Frage steht jedoch auch immer im Kontext mit der Ausgestaltung der Besoldung bzw. der Versorgung. Das Beihilferecht des Bundes und der Länder weicht daher voneinander ab. Durch eine Umstellung des in Bremen geltenden familienbezogenen Bemessungssatzsystems auf ein, wie z.B. beim Bund geltendes, personenbezogenes System sind Mehrkosten zu erwarten. Daneben sind materiellrechtliche Abweichungen (stationäre Behandlung, Eigenbehalt Rezepte, Heilpraktiker*innen...) zu berücksichtigen. Für die Ermittlung wären umfangreiche Vergleichsberechnungen zu erstellen. Bezüglich der Heilfürsorge für Polizei und Feuerwehr sehen wir GRÜNE derzeit keine Einschränkungen.</p>
DIE LINKE	<p>DIE LINKE bekennt sich zur Heilfürsorge. Wir fordern faire Rahmenbedingungen für die (freiwilligen) Wechsel in das GKV-System, ungerechte Belastungen bei der Wahl gesetzlicher Krankenkassen lehnen wir deshalb ab. Die Beiträge der Beihilfe müssen selbstverständlich auf dem Niveau der anderen Bundesländer liegen.</p>

Wie beabsichtigt Ihre Partei die Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes auf dem Weg der Digitalisierung mitzunehmen und die aufkommenden Zweifel durch das Überdenken bestehender Prozesse und Organisationsstrukturen aufzulösen?

SPD	<p>Für uns ist es eine unabdingbare Notwendigkeit, dass der Modernisierungsprozess nur gemeinsam im Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu gestalten ist. Wir sehen hierfür in dem in Bremen geltenden Mitbestimmungsrecht eine gute solide Grundlage zur Zusammenarbeit. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass auf Basis des Personalvertretungsgesetzes die Mitbestimmung der Beschäftigten bei den anstehenden Reformprozessen gesichert bleibt.</p>
CDU	<p>Klar ist, dass wir ein erweitertes Verständnis von Digitalisierung brauchen und etablieren müssen. Digitalisierung ist kein Ereignis, das mit dem Breitbandausbau oder der Bereitstellung von Tablets erledigt wäre. Es ist vielmehr ein andauernder Prozess, der – intelligent gestaltet – auf vielfältigen Feldern Nutzen mehrt, Verfahren und Strukturen vereinfacht und am Ende auch Kosten sparen wird.</p> <p>Wir nehmen dabei die Sorgen und Zweifel der Beschäftigten auf dem Weg der Digitalisierung ernst. Es ist mittlerweile allgemein bekannt, dass sich viele Berufsbilder und Arbeitsplätze in der Zukunft radikal verändern werden. Dieses wollen wir nicht nur geschehen lassen, sondern gestalten und die Beteiligten auch durch eine gezielte Förder- und Weiterbildungspolitik in diesen Prozess einbeziehen. Für dieses Vorhaben wollen wir ein eigenes Ressort „Digitalisierung“ schaffen.</p>
DIE GRÜNEN	<p>Wir haben in den letzten Jahren durch bessere telefonische Erreichbarkeit über das Bürgertelefon 115, die Online-Terminbuchung über das Internet, den Bürgerinformations-Service in der</p>

DIE LINKE	<p>Stadtbibliothek Gröpelingen und neue Online-Angebote wie zuletzt das „Online-Finanzamt“ die Dienstleistungsqualität der Verwaltung verbessert.</p> <p>Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung sind kein Selbstzweck. Sie dienen zum einen der Transparenz und der Bürgerfreundlichkeit und Zugänglichkeit der Verwaltung für die Bürger*innen. Zum anderen führen sie zur Entlastung der Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst durch effektivere Arbeitsstrukturen. Darüber hinaus sind Kostensenkungseffekte etwa durch Druckkostenreduzierung und Papierersparnis o.Ä. weitere gewünschte Zwecke der Digitalisierung. Alle Schritte, die die Verwaltung im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung vornimmt, unterliegen der Mitbestimmung durch die örtlichen Personalräte oder durch den Gesamtpersonalrat, je nach Maßnahme. Darüber hinaus ist mit einem jährlich erscheinenden, umfangreichen Fortbildungsprogramm für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dafür gesorgt, dass möglicherweise entstehende Wissenslücken, die durch Veränderungen am Arbeitsplatz entstehen, geschlossen werden können. Die Beschäftigten werden auch fortlaufend während des Jahres immer wieder auf kurzfristig noch freie Plätze im Fortbildungsprogramm hingewiesen.</p> <p>Damit die Digitalisierung der Verwaltung funktioniert, ist Akzeptanz auf Seiten der Beschäftigten eine ganz zentrale Voraussetzung. Wir setzen hierbei auf die Mitbestimmung durch die Personalräte – ein weiterer Grund, warum das PersVG aus unserer Sicht nicht eingeschränkt werden darf. Fort- und Weiterbildungen für die Beamt*innen sind ebenfalls wichtig und müssen so organisiert sein, dass sie nicht zu weiterem Stress und Belastung auf Seiten Beschäftigten führen. Wichtig ist außerdem, dass durch die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe Menschen, die nicht ausgeprägt technikaffin sind, weiterhin den vollen Zugang zu Dienstleistungen und entsprechende Unterstützungsangebote erhalten.</p>
-----------	---

Wie will Ihre Partei im Hinblick auf den demografischen Wandel und den bereits sichtbar gewordenen Fachkräftemangel die Leistungsfähigkeit des bremischen öffentlichen Dienstes in Zukunft sicherstellen? Welche qualitativen und quantitativen Maßnahmen in der Einstellungspolitik (Lehrer, Polizei, Feuerwehr, etc.) wollen Sie hierzu ergreifen?

SPD	<p>Im Wettbewerb um Nachwuchskräfte muss der öffentliche Dienst sich verstärkter als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Zwar werden die Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst besser als in der Privatwirtschaft bewertet, aber u.a. aufgrund fehlender Entwicklungs- und Karriereöglichkeiten, gehen ambitionierte Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger lieber in die freie Wirtschaft. Neben geeigneten Marketingmaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes müssen daher auch neue Aufstiegsregelungen und Fortbildungsgänge entwickelt werden.</p> <p>Wir sehen in der Erhöhung der eigenen Ausbildungsleistung, sowie der Ausweitung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung von Nachwuchskräften, zentrale Maßnahmen, um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften u.a. im Bereich Bildung und Innere Sicherheit decken zu können. Uns ist auch bewusst: Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen öffentliche Arbeitgeber mit finanziellen Mehrbelastungen rechnen.</p>
CDU	<p>Der demografische Wandel wird auch künftig in ganz Deutschland eine große Herausforderung bleiben. In den vergangenen Jahren haben die möglichen Folgen des demografischen Wandels, nämlich die Abnahme der Erwerbstätigen in der Bevölkerung sowie die Alterung der Menschheit viele arbeitsmarktpolitische Diskussionen geprägt. Um den jungen, arbeitsbereiten Menschen eine Perspektive für die Zukunft zu bieten, muss Bremen attraktiver werden. Neben der offensiven Nutzung von digitalen Neuerungen wird die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Bremen auch zukünftig von kompetenten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abhängen. Wir treten dafür ein, die Zahl und den qualitativen Bedarf anders als bisher so weit wie möglich entsprechend dem gegenwärtigen und zukünftig absehbaren Aufgabenumfang zu bemessen. Eine Personalpolitik „nach Kassenlage“ mit dem Risiko von Engpässen in der Bearbeitung oder faktischer Handlungsunfähigkeit wie in der Wohngeldstelle in Bremerhaven oder dem Standesamt in Bremen sind sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inakzeptabel. Dazu werden wir eine schnelle, vorausschauende und zeitgemäß agierende Personalentwicklung seitens der Ressorts schaffen und arbeitsplatzbezogen</p>

DIE GRÜNEN	<p>ne Konzepte für attraktive Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen. Diese sollen nicht nur potentiellen Nachwuchs ansprechen, sondern auch durch mehr Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Fehlzeiten und arbeitsbedingten Erkrankungen besser als bisher vorbeugen und Mehrarbeit vorzugsweise durch Freizeit abgelten. Für Bereiche, wo dieses nicht möglich ist, sollen ausreichend finanzielle Mittel zum Ausgleich bereitgestellt werden. Außerdem wollen wir eine Bezahlung öffentlicher Bediensteter gewährleisten, die sich konsequent am Bundesdurchschnitt orientiert und bei allen das Personal betreffenden Veränderungen die Personalvertretungen, denen wir eine partnerschaftliche Zusammenarbeit anbieten, so eng wie möglich einbinden.</p> <p>Wir GRÜNE stehen für einen starken und verlässlichen öffentlichen Dienst. Der Staat kann nicht in allen Bereichen mit den Gehältern in der Wirtschaft mithalten, aber er bietet neben Sicherheit auch andere Vorteile: Er ermöglicht arbeiten für das Gemeinwohl und er bietet vielfältige und interessante Arbeitsplätze. Familienfreundlichkeit, gute Aufstiegschancen – insbesondere für Frauen -, ein Recht auf Fortbildung und flexible Arbeitszeiten. Das sind die wichtigsten Pluspunkte, mit denen wir werben. Selbstverständlich wollen wir wie bisher die Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Menschen übererfüllen. Wir werben gezielt um Menschen mit Migrationshintergrund als Nachwuchs im öffentlichen Dienst. Wir wollen in Bremen zudem ein Programm zur Beseitigung des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst auflegen. Die einheitliche Besoldung von Beamt*innen in Deutschland aufzugeben, war ein Fehler. Wenn sich eine politische Chance ergibt, sie wiederherzustellen, werden wir sie nutzen. Die Leiharbeit in öffentlichen Einrichtungen wollen wir abbauen.</p> <p>Der rot-grüne Senat hat am 15.1.2019 seine „Ausbildungsplanung 2019“ beschlossen. Sie sieht steigende Ausbildungszahlen vor, die auch der Gesamtpersonalrat in seiner Stellungnahme lobt. Außerdem sei auf das seit Jahren erfolgreich laufende Programm EQ, die Einstiegsqualifizierung für Geflüchtete, hingewiesen. Die ersten geflüchteten haben mittlerweile ihre reguläre Ausbildung in beteiligten Betrieben abgeschlossen und sind übernommen worden. Zudem wird schon seit Jahren mit dem Programm „Du bist der Schlüssel“ gezielt um junge Menschen mit Migrationshintergrund geworben – auch deshalb, weil der öffentliche Dienst ein Spiegelbild der Gesellschaft sein soll.</p>
DIE LINKE	<p>Die Ausbildungs- und Studiengänge müssen vergrößert und die Einstellungszahlen langfristig und verlässlich abgesichert werden. Dabei darf allerdings nicht die Qualität der Ausbildung durch deutlich schlechtere Betreuungsrelationen gefährdet werden. Die HfÖV ist räumlich an ihrer Kapazitätsgrenze, weshalb ein Neubau sinnvoll ist. Um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen, sind auch schnellere Aufstiegsmöglichkeiten und Beförderungen wichtig. Damit auf dem angespannten Arbeitsmarkt qualifizierte Fachkräfte gewonnen werden können, schlägt DIE LINKE einen Zusatztarifvertrag Fachkräftesicherung vor.</p>

Wo sieht Ihre Partei neben der Bildung und der inneren Sicherheit weitere Schwerpunkte der Aufgabenwahrnehmung während der kommenden Wahlperiode?

SPD	<p>Die weitere Umsetzung des Programms „Zukunftsorientierte Verwaltung“ wird eine der großen Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode. Dabei wird die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung eine der großen Schwerpunkte sein. Der öffentliche Dienst wird moderner für die Bürgerinnen und Bürger, und mindestens ebenso wichtig ist es, die Potentiale der Modernisierung dafür zu nutzen, die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern. Diesen Prozess gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und unter Wahrung guter Arbeitsbedingungen zu gestalten, ist eine große zukünftige Aufgabe, der wir uns stellen und die wir aktiv und gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Vertretern begleiten wollen.</p>
CDU	<p>Wir sehen die Digitalisierung als ein Schlüsselthema. Unser Ziel ist eine weitestgehend papierlose Verwaltung. Dazu soll nicht nur die verwaltungsinterne Kommunikation und die Datenverwaltung verändert werden. Auch Antragstellung, Kommunikation und Bescheide gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sollen digital erfolgen. Wir wollen die sich aus der Digitalisierung ergebenden Möglichkeiten offensiv nutzen, indem wir die bremsenden Verpflichtungen aus dem „Onlinezugangsgesetz“ beschleunigt umsetzen, um eben Verwaltungsverfahren und die dazu erforderliche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern digital abwickeln zu können.</p>

<p>DIE GRÜNEN</p>	<p>Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir in der Steuergesetzgebung, die einen unmittelbaren Einfluss auf die hiesige Steuer- und Finanzverwaltung innehat. So wird die Novellierung der Grundsteuer entscheidend die Art der Aufgabenwahrnehmung verändern. Hier darf unseres Erachtens kein zusätzlicher und dauerhaft erhöhter bürokratischer Aufwand entstehen. Personell und digital muss Bremen dabei so aufgestellt werden, dass es in der Lage ist, die Grundsteuer über die neue Methodik zu erheben.</p> <p>Bremen ist deutschlandweit Vorreiter im Bereich der Digitalisierung der Verwaltung. Aufbauend auf der von uns eingeführten IT-Strategie des Landes werden die GRÜNEN ein Umsetzungskonzept erarbeiten, damit die Menschen in Bremen von der Digitalisierung profitieren und Risiken minimiert werden. Wir wollen in den nächsten Jahren einen großen Schritt hin zur vollständigen Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmungsprozesse machen. Ebenso wollen wir die zentralisierte Kita-Anmeldung fertig stellen.</p> <p>Begonnen haben wir mit der Umsetzung des Projekts „Einfach Leistungen für Eltern (ELFE)“. Die mit viel Aufwand verbundenen und von den Eltern bei verschiedenen behördlichen Stellen zu leistenden formellen Tätigkeiten zur Geburt eines Kindes sollen gebündelt, vereinfacht und online durchführbar gemacht werden. So bleibt auch mehr Zeit für die Kinder.</p> <p>Die Menschen in unserem Land sind auf gute Verwaltung angewiesen. Wir werden unsere Verwaltungen bürgerfreundlich modernisieren: mit zusätzlichen online-Möglichkeiten, Termine zu vereinbaren, Fragen zu stellen, Dokumente zu bestellen. Es soll ein Verfahrenskodex für verlässliche und zeitnahe Antworten der Verwaltung auf Anfragen und Anträge der Bürger*innen verabschiedet werden. Die Verwaltung muss zeitlich flexibel sein für berufstätige Menschen. Digitale Möglichkeiten sollen das Angebot erweitern, aber bestehende Alternativen wie den persönlichen Kontakt nicht ersetzen. Wo es im direkten Kontakt mit Bürger*innen notwendig ist, muss die Verwaltung mehrsprachig und in leichter Sprache sein (Formulare, Dokumente, etc.), Dolmetscher*innen müssen zur Verfügung stehen. Wir wollen mehr Personal für Bürgerpartizipation, Bürgerkonsultationen, direkten Bürgerdialog (z.B. Bürgertelefon, Informationstreffen etc.) zur Verfügung stellen.</p> <p>Für Betriebe, deren Mitarbeitende einen Migrations- bzw. einen Fluchthintergrund haben, stellen wir ein Unterstützungsangebot „Deutsch am Arbeitsplatz“ sicher. In Bremen sind Anlaufstellen geschaffen worden, wie „Ankommen im Quartier“, in denen Sprach- und Integrationsmittler*innen („Sprinter*innen“) zur Verfügung stehen. Migrant*innen haben sich durch eine modulare Ausbildung zu Sprinter*innen qualifiziert. Sie bringen die erforderliche interkulturelle Kompetenz mit, um Fragen des Alltags zu beantworten und erfolgreich Brücken zu schlagen. Ihr Einsatz durch Bremer Ämter und Behörden hat sich besonders bei denen, die noch wenig deutsch sprechen und deren Integration am Anfang steht, bewährt. Daher wollen wir dieses Berufsbild in ausgewählten Dienststellen der öffentlichen Verwaltung verstetigen und Sprinter*innen dauerhaft anstellen. Gleichzeitig bietet deren Einsatz die Chance für eine dauerhafte Erwerbstätigkeit für Migrant*innen im ersten Arbeitsmarkt.</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Bremen muss insbesondere wieder in die Lage versetzt werden, selbst zu planen und zu bauen (KiTas, Schulen, Straßen usw). Bei den verschiedenen Bauabteilungen der Ressorts und bei Immobilien Bremen sehen wir einen zentralen Schwerpunkt. Ebenso wichtig sind angemessene Mindestpersonalbemessung bzw. Höchstfallgrenzen in Bereichen wie dem Amt für soziale Dienste oder den (kommunalen) Krankenhäusern.</p>

Impressum

Redaktion:
Carl-Otto Spichal
Kontorhaus
Rembertstr. 28
D-28203 Bremen

Herausgeber

Der **dbb** / report
wird von dbb-beamtenbund und tarifunion,
landesbund bremen, herausgegeben.

Telefon 0421 - 70 00 43
Telefax 0421 - 70 28 26
E-Mail: dbb.bremen@swbmail.de
Internet: www.dbb-bremen.dbb.de

Fotos: dbb bremen, Björn Hake, Windmueller, Adler-Schiffe/Scharrn, Kurt Scherf - dbb-Senioren Bremen

Die veröffentlichten Artikel decken sich nicht notwendigerweise mit den Ansichten des dbb-beamtenbund und tarifunion, landesbund bremen.
Offizielle Verlautbarungen des dbb bremen, sind als solche gekennzeichnet. ISSN: 1867-8254.



Raus aus dem Versteck, rein in die Altersvorsorge!

Die neue Generation der Altersvorsorge: unsere Premium Rente

Damit Sie sich auch im Alter nicht zu verstecken brauchen, sollten Sie heutzutage privat vorsorgen. Denn allein mit der gesetzlichen Rente gelingt es nicht, den eigenen Lebensstandard zu halten.

Wir haben für Sie ein neues Altersvorsorge-Produkt entwickelt, damit Sie Ihren Ruhestand entspannt und finanziell unbeschwert genießen können.

Mit der neuen Premium Rente sorgen Sie einfach, sicher und flexibel vor.

Ihre Vorteile mit der neuen Premium Rente:

- ✓ Beitrag flexibel anpassen
- ✓ Geldentnahme jederzeit möglich
- ✓ Einstieg ab 25 Euro

Am besten vereinbaren Sie gleich einen Termin.

Kundendienstbüro

Jens Ahlers

Kaufmann für Versicherungen und Finanzen
Tel. 0471 200056
jens.ahlers@HUKvm.de
Reitkamp 2
27570 Bremerhaven
Geestemünde

Kundendienstbüro

Rosemarie Althoff

Tel. 0421 623040
rosemarie.althoff@HUKvm.de
Kirchheide 46
28757 Bremen
Vegesack

Kundendienstbüro

Helgard Sydow

Versicherungsfachfrau
Tel. 0421 5229995
helgard.sydow@HUKvm.de
Buntentorsteinweg 10
28201 Bremen
Buntentor

Kundendienstbüro

Thomas Stollberger

Tel. 0421 69623760
thomas.stollberger@HUKvm.de
Leher Heerstr. 55
28359 Bremen
Lehe



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig

Veranstaltungen der Landesseniorenvertretung des dbb landesbund bremen 2019

**1.) Donnerstag 11.07.2019;
Abfahrt ZOB um 07:00 Uhr !!!!!**

**Mit dem Raddampfer Freya von
Rendsburg, durch den Nordostseekanal
nach Kiel**



Foto: Adler-Schiffe/Scharm

Raddampfer Freya vor der Hochbrücke Rendsburg

Lassen Sie sich einfangen von der originellen Atmosphäre an Bord des über 100 Jahre alten stilvollen Raddampfers „Freya“. Hören Sie auf das Zischen und Stampfen der alten Dampfmaschine, die Sie aus dem Salon durch die verglasten Schaufenster während der Fahrt beobachten können, genauso wie die rotierenden Seitenräder. Fühlen Sie sich zurückversetzt in die Zeit des Jugendstils, in den liebevoll und detailbesessen restaurierten und renovierten Salons des Raddampfers mit viel schimmernden Messing und tiefdunklem edlem Holz. Bei aller Nostalgie verfügt die „Freya“ auch über beeindruckende High-Tech: Stammgäste lieben sie für ihren „Buf-fet-Lift“, der Köstlichkeiten eindrucksvoll serviert.

Um 07:00 Uhr Abfahrt nach Rendsburg zum Kreishafen. Um 11:00 Uhr verlässt der Raddampfer Freya den Hafen von Rendsburg und fährt durch den Nord Ostsee Kanal nach Kiel, wo Sie gegen 14.30 Uhr ankommen werden. Unterwegs an Bord des Raddampfers nehmen Sie mittags am großen Brunchbuffet mit vielen regionalen Fisch – Fleisch und vegetarischen Spezialitäten teil.

Zum Essen werden Kaffee, Tee, Wasser und Säfte gereicht. Aber vorher passieren Sie noch die Schleuse Kiel Holtenau, bevor es weiter zum Bollhörnkai in Kiel geht. Nach der Ankunft in Kiel treten Sie die Heimreise an.

Leistungen:

- Fahrt im modernen Fernreisebus mit reservierten Plätzen und Bordservice
- In der Pause gibt es frischen Butterkuchen und Kaffee
- Schifffahrt mit dem Raddampfer Freya
- Großes Brunchbuffet an Bord

**Mindestteilnehmerzahl: 30 Personen
Mitglieder und Partner zahlen 75,00 € p.P.;
Gäste 85,00 € p.P.**

Anmeldungen ab sofort bei Kurt Scherff,
Tel. 04205 – 31 90 27 oder
Wolfgang Wieschenkämper, Tel. 0421 – 84 78 09 34

**2.) Mo. 05. 08. Start um 08:00 Uhr
ab ZOB zur Hamburger Insel „Neuwerk“.**

Mit dem Wattwagen von Sahlenburg nach Neuwerk und mit dem Schiff zurück nach Cuxhaven.

Um ca. 10:15 Uhr stehen die Wattwagen in Sahlenburg bereit, um uns über Watt und Priele trockenen Fußes auf die Insel zu bringen. Es gibt auf der Insel vier Restaurants mit Cafes, Otto`s Gartenlokal und die Turmkneipe. Sie haben ca. 5 Stunden Zeit auf der Insel.



Foto: Kurt Scherf, dbb-Senioren Bremen

Die Abfahrt von der Insel ab Anleger ist für ca. 17:00 Uhr vorgesehen, durch die Wasserstände kann es aber Verschiebungen geben. Unbedingt auf die Ansage bei der Ankunft auf der Insel achten. Gegen 18:15 Uhr legt das Schiff im Hafen von Cuxhaven an. Nach einem erlebnisreichen Tag werden wir gegen 19:45 Uhr in Bremen ankommen.

Teilnehmerpreis: 51,- € p.P. für Mitglieder und Partner; Gäste zahlen 56,- € p. P. .

Bei Absagen nach dem 18.07.2019 müssen leider 45,- € p.P. gezahlt werden, da Kutsche und Schiff nach den Geschäftsbedingungen gezahlt werden müssen. Ich führe aber eine Warteliste für Interessierte, wenn der Platz ersetzt werden kann entfällt die Zahlung.

Anmeldung ab sofort bei Kurt Scherff,
Telefon 04205 – 31 90 27.

3.) Mittwoch 23.10.2019 um 15:30 Uhr Vortrag im Hotel zur Post

Thema: „**Steuern sparen im Erbfall**“.

Referent: Hr. Karl-Heinz Buchfink
Mitglieder sind zu Kaffee und Kuchen eingeladen.

Anmeldungen ab sofort bei Kurt Scherff,
Tel. 04205 – 31 90 27 oder
Wolfgang Wieschenkämper, Tel. 0421 – 84 78 09 34

4.) Mi. 06.11.2019 um 14:00 Uhr Besuch der Lebkuchenmanufaktur

Das Lebkuchenevent beinhaltet einen Vortrag und eine Verkostung. Dauer ca. 45 Minuten.

Treffpunkt: Gläserne Lebkuchenmanufaktur, Fabrikenufer 111, Bremen. Navi: über Rigaer Str.1, vor dem Güterzug rechts (Zufahrt ist erlaubt!) Straßenbahnlinie 3 Richtung Gröpelingen aus Rtg. Innenstadt bis Emder Straße, ca. 10 Min. Fußweg über Cuxhavener Straße/Rigaer Straße.

Die Teilnehmerzahl ist auf 18 Personen begrenzt.
Mitglieder und Partner zahlen 5,00 € p.P.;
Gäste 10,00 € p.P.

Anmeldungen ab sofort bei Kurt Scherff,
Tel. 04205 – 31 90 27 oder
Wolfgang Wieschenkämper, Tel. 0421 – 84 78 09 34

Hinweis: Eine Führung beim DFKI (Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz) ist nicht möglich. Das DFKI führt Ende Juni einen Tag der offenen Tür durch. Rufen Sie mich bei Interesse an. Der genaue Termin wird erst im Mai veröffentlicht.

Kontoangabe für alle Veranstaltungen der
dbb-Seniorenvertretung:

Konto: DBB Bremen
DE79 2009 0900 2691 8135 01

Seminar: Diskutieren, argumentieren, Schlagfertigkeit trainieren

Der Deutsche Beamtenbund Bremen bietet ein Seminar der dbb akademie vom 12. bis 14. September 2019 im dbb forum siebengebirge mit dem hervorragenden Dozenten von 2017 und 2018 Michael Vetter, in Königswinter, an.

Thematik:

Clever kontern und gelassen reagieren – wer beim verbalen Schlagabtausch souverän agiert und Ruhe bewahrt, kann durch gekonnte Argumentation überzeugen und vermittelt dem Gegenüber, sein Anliegen verstanden zu haben. Dazu gehört auch, Themen auf den Punkt zu bringen und die eigenen Vorstellungen professionell zu vertreten.

Die Teilnehmer lernen, ein eigenes Ziel zu verfolgen, Konzentration und Ruhe zu bewahren, sicher und wirkungsvoll zu agieren, vor allem aber „hinzuhören“, nicht zuzuhören. Denn nur, wenn ich richtig höre, kann ich auf das reagieren, was tatsächlich gesagt wurde. Jedem Handeln wohnt ein positiver Grundgedanke inne... will heißen: keiner handelt, um uns zu schaden... will heißen: ein jeder will seinen Nutzen verstärken.

Der subventionierte Teilnehmerbeitrag für Mitglieder des dbb landesbund bremen beträgt 70 Euro, für Mitglieder außerhalb des dbb landesbund bremen 100 Euro (Nichtmitglieder 132 Euro, sofern Plätze von Mitgliedern nicht genutzt werden), Fahrtkosten werden unabhängig von der Art der Anreise in Höhe von 0,30 Euro pro Entfernungskilometer erstattet. Die Anreise in Fahrgemeinschaften empfiehlt sich. Die Unterbringung erfolgt bei Vollpension in Einzelzimmern.

Für das Seminar wird die Anerkennung als Bildungsurlaub nach dem Bremischen Bildungsurlaubsgesetz beantragt werden. Es stehen 20 Teilnehmerplätze zur Verfügung. Anmeldungen sind mit dem u. a. Vordruck schriftlich bis zum 20. Juli 2019 an den dbb landesbund bremen zu richten. Für die Anmeldung und Durchführung des Seminars sind die u. a. geforderten Daten zwingend notwendig und werden nur für diesen Zweck erhoben und nicht an Dritte weiter gegeben. Mit der Anmeldung erklären sich die Teilnehmer damit einverstanden dass ein Seminarbericht, der auch Fotos ihrer Person beinhaltet, in der Publikationen des dbb lv bremen und seiner Fachgewerkschaften veröffentlicht wird. Ohne diese Zustimmung kann die Anmeldung nicht berücksichtigt werden.

Ein kostenfreier Rücktritt nach Einladung (erfolgt per email, daher Mailadresse zwingend erforderlich) durch die dbb akademie ohne Nachrücker ist nur bis zum **12.08.2019** möglich. Der Rücktritt ist schriftlich gegenüber der dbb akademie und dem dbb bremen zu erklären.

✂.....

Name, Vorname

Anschrift

Telefon dienstlich / privat

email dienstlich / privat

dbb landesbund bremen
- Geschäftsstelle -
Rembertistr. 28
28203 Bremen

Anmeldung zum Seminar 2019 B 196 CH
Diskutieren, argumentieren, Schlagfertigkeit trainieren

Hiermit melde ich mich zum o. g. Seminar im dbb forum siebengebirge in der Zeit vom 12. – 14.09.2019 an. Den Teilnehmerbeitrag werde ich innerhalb der gesetzten Frist nach Anforderung bezahlen. Die Datenschutzbestimmungen habe ich zur Kenntnis genommen und stimme diesen zu.

Ich bin Mitglied der

Fachgewerkschaft

Ort, Datum

Unterschrift

Profitieren Sie von unserer Leistungsstärke

Debeka – Der Versicherer
für Beamte und Angestellte
im Öffentlichen Dienst



Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.

Landesgeschäftsstelle Bremen
Konsul-Smidt-Straße 62
28217 Bremen
Telefon (04 21) 3 65 03 - 0



www.debeka.de/socialmedia